Anlage zu DS 197/14/1

EINGEGANGEN
16. DEZ. 2014

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN · Kreistagsfraktion Unna · Friedrich-Ebert-Str. 17 · 59425 Unna

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Kreistagsfraktion Unna
Friedrich-Ebert-Straße 17
59425 Unna
Telefon: 02303 - 27- 27 05 / - 2706
Fax: 02303 - 27-17 99
E-Mail: stephanie.schmidt@kreis-unna.de
Internet: www.gruene-kreistag-unna.de

Fraktionsvorstand: Herbert Goldmann, Anke Schneider, Jochen Nadolski-Voigt
Geschäftsführerin: Stephanie Schmidt

Fraktionszimmer: B.116/117

An
den Landrat
Herrn Michael Makiolla

den Fraktionen und Gruppen
zur Kenntnisnahme
im Haus

Unna, 16.12.2014

Ergänzungs-Antrag zum Kreistag am 16.12.2014 zum Schutz der Kommunalen Daseinsvorsorge gegenüber dem geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommen

Sehr geehrter Herr Landrat Makiolla,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, folgenden Ergänzungs-Antrag in der Sitzung des Kreistags am 16.12.2014 beraten und beschließen zu lassen:

NEU:
Der Kreistag Unna stellt fest

- dass die geplanten Abkommen (Transatlantisches Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und des internationalen Dienstleistungsabkommens „Trade in Services Agreement" (TISA), sowie des bereits verhandelten Freihandelsabkommens mit Kanada (CETA)) nach derzeitigem Kenntnisstand geeignet sind, die bisherige Form kommunaler Daseinsvorsorge und das Subsidiaritätsprinzip zu gefährden und negative Auswirkungen für das kommunale Handeln, bei der öffentlichen Auftragsvergabe, einschließlich der Delegation von Aufgaben an kommunale Unternehmen, wie auch der Tarifgestaltung und die Arbeitsbedingungen für Beschäftigte des Kreises Unna haben können,
- dass die geplanten Abkommen der Eröffnung von Marktzugängen im Dienstleistungssektor dienen, insbesondere auch der öffentlichen Dienstleistungen, und die Organisationshoheit des Kreises Unna gefährden, darunter nicht liberalisierte Bereiche, wie z.B. die Bereiche Abfall (GWA) und ÖPNV (VKU), soziale Dienstleistungen einschließlich des Gesundheitsbereiches sowie die öffentlichen Dienstleistungen im Kultur und Bildungsbereich,

Wortlaut des Erst-Antrags vom 01.12.2014:
Der Kreistag Unna appelliert darum an

- die Kommission der Europäischen Union
- das Parlament der Europäischen Union
- die Bundesregierung

- den Deutschen Bundestag
- die Landesregierung NRW
- den Landtag NRW

die Forderungen des gemeinsamen Positionspapiers des Deutschen Landkreistages, des Deutschen Städtetages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Verbandes kommunaler Unternehmen im Zuge der Verhandlungen um das Transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und des internationalen Dienstleistungsabkommens „Trade in Services Agreement" (TISA), sowie des bereits verhandelten Freihandelsabkommens mit Kanada (CETA) zu berücksichtigen. (Wortlaut siehe Anlage)

Begründung:

Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund und der Verband kommunaler Unternehmen e.V. haben ein gemeinsames Positionspapier zu den Freihandelsabkommen (TTIP u.a.) veröffentlicht, dem sich u.a. auch die Landschaftsversammlung LWL einstimmig angeschlossen hat.
Hierbei werden auch die Argumente berücksichtigt, die den Kreis Unna betreffen.

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Feldmann

Fraktionsvorsitzender